

„Resignation ist unchristlich!“ Der Rostocker Bezirksverband der CDU(D) in den Jahren 1985–1989

Luise Güth

1. Einleitung

Neben der SED hat es in der DDR seit den späten 1940er Jahren vier weitere Parteien gegeben, die gemeinsam unter der Führung der Einheitssozialisten agiert haben.¹ Gleichgeschaltet und als Transmissionsriemen instrumentalisiert, haben die Blockparteien im Sinne der SED und nach deren Anleitung argumentiert und gehandelt. Dass sich zumindest die Leitungen dieser DDR-Blockparteien dem Führungsanspruch der SED nahezu bedingungslos unterordneten und somit ihre Duldung erkaufte, ist hinlänglich bekannt. Darauf, dass es unterhalb der zentralen Parteiebene besonders in den bürgerlichen Parteien CDU(D) und LDP(D) dennoch ein kritisches Potential gegeben hat, haben Manfred Agethen und andere bereits hingewiesen.² Die genauere Untersuchung der mittleren und unteren Parteiebene wurde jedoch bisher vernachlässigt.

In dem hier vorgelegten Aufsatz wird die Frage nach diesem kritischen Potential der CDU(D)-Parteimitglieder in den späten 1980er Jahren verfolgt und der Handlungs- und Meinungsspielraum der mittleren und unteren Parteifunktionäre umrissen.³ Auf Grundlage des Aktenbestandes zur Ost-CDU im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) und ausgewählter Archivalien der BStU stelle ich in groben Zügen die Positionierung der Mitglieder und Funktionäre zu nationalen und internationalen Themen dar (2) und gehe auf

1 Neben den selbständigen Gründungen CDU(D) und LDP(D) initiierte die SED 1948 die Entstehung von DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands) und NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands). Alle fünf Parteien waren zum namensgebenden „Demokratischen Block“ zusammengeschlossen.

2 Z. B. Manfred Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 89–114, und Manfred Bogisch: Die LDPD und die Staatskrise 1989/90 (Forscher und Diskussionskreis DDR-Geschichte, Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 87). Berlin 2004.

3 Dieser Aufsatz ist ein thesenartiger Ausblick auf einen Teil meiner Promotion, die Mitte 2015 an der Universität Greifswald eingereicht werden wird. Darin verfolge ich die These, dass es in allen vier Blockparteien Widerspruch zum praktizierten Sozialismus gegeben hat. Exemplarisch zeige ich für den Bezirk Rostock, wie sich dieses Unruhepotential bis zum Herbst 1989 entwickelt hat, es in der Partei kommuniziert wurde und wie es in den „Wendemonaten“ zur Profilierung der Parteien beitrug.

ihre Stellung zwischen Staat und evangelischer Kirche⁴ ein (3). Im Anschluss an die Erläuterung der meinen Ausführungen zugrundeliegende Struktur der Parteiberichterstattung (4) folgt die resümierende Einschätzung, ob von der Ost-CDU auch ohne die Politisierung der Kirchen und das Aufkommen der Bürgerbewegung eine Reformierung der DDR initiiert worden wäre.

2. *Die Rostocker CDU(D) in den Jahren 1985–1989*

Die Hauptprobleme der späten DDR lagen, soweit das aus den Akten ersichtlich ist, aus Sicht der Parteimitglieder auf den Gebieten der Informationspolitik, der Reisefreiheit, des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, der Versorgungslage, der Wohnraumsituation, des mangelnden Partizipationsrechts, fehlender wirtschaftlicher Effizienz und der Umweltpolitik. An den Grundideen der bestehenden sozialistischen Gesellschaft hielten die Mitglieder aller Blockparteien dennoch bis 1988 geschlossen fest, forderten aber demokratische Reformen nach sowjetischem Vorbild. Der Bezirk Rostock macht hier keine Ausnahme. Eine spezifische Bedeutung erlangen hier jedoch die Grenzlage in der Peripherie der DDR und der Urlauberstrom in der Sommersaison.

Auch in Rostock scheinen überzeugte Vertreter des christlichen Sozialismus die Mehrheit der aktiven CDU(D)-Mitgliedschaft ausgemacht zu haben. Diese haben die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des sozialistischen Systems wahrgenommen und engagiert genutzt. Ebenso gab es aber auch Mitglieder, die sich als größtmöglichen legalen Gegenpol zur Allmacht der SED verstanden haben. Auch passive Opportunisten findet man in den Reihen der Ost-CDU.⁵ Der überwiegende Anteil der Mitglieder hat jedoch die führende Rolle der „Partei der Arbeiterklasse“, die Umsetzung von deren Politik im „Demokratischen Block“ und ihre wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Konsequenzen in ihren Grundzügen nicht nur mitgetragen, sondern überzeugt befürwortet. Dementsprechend bezog sich die Kritik der Unionsmitglieder seit Beginn der 1980er Jahre⁶ nicht auf die Grundsätze der politischen Realität in der DDR, sondern nur auf Teilaspekte in der Umsetzung, die durch die Mitar-

4 Auf Grund theologischer Prämissen war die Beziehung des Staates zur evangelischen Kirche insgesamt deutlich enger als die zur katholischen. Siehe z. B. Peter Maser: *Die Kirchen in der DDR* (Deutsche Zeit Bilder). Bonn 2000.

5 Meine Ausführungen beziehen sich, sofern nicht anders genannt, auf die aktiven Parteimitglieder und Kreis- und Bezirksfunktionäre, da die passiven Mitglieder in den Quellen unterrepräsentiert sind.

6 Übliche Themen waren auch schon in der ersten Hälfte der 1980er Jahre die Benachteiligung von Christen, Umweltschutz, Versorgung der Bevölkerung, die Reisebestimmungen, Teilfragen zur Bündnispolitik und das Engagement gegen den Militarismus in der DDR. Siehe BStU, MfS, HA, Nr. 6632.

beit in den Volksvertretungen und Wirtschaftseinrichtungen modifiziert, den Erfordernissen angepasst und verbessert werden sollte.

Neben Versorgungs- und Wirtschaftsfragen dominierten bis 1988 umwelt- und informationspolitische Fragestellungen und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche die Diskussionen, die insbesondere durch das Aufkommen internationaler Katalysatoren wie der Reformpolitik Gorbatschows und dessen Auswirkungen auf den gesamten Ostblock in ihrem politischen Gehalt verstärkt wurden. Bevor jedoch die Auswirkung der internationalen Entwicklung thematisiert wird, soll nun der Status quo ante und damit der Nährboden für die Entwicklung ab dem Sommer 1988 dargestellt werden.

2.1. Resignation und Engagement. Die Vorwendejahre

Die materielle Versorgung der Bevölkerung machte seit dem Beginn des Untersuchungszeitraumes im Sommer 1985 eines der zentralen Themen aus. Kaum ein Informationsbericht kam ohne Klagen über die mangelhafte Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Textilien, Baumaterial, Wohnraum, Ersatzteilen, ärztlichen und anderweitigen Dienstleistungen sowie über die Arbeit der Plankommissionen aus.⁷ Kritisiert wurde dabei die Knappheit alltäglicher Waren, die mangelnde Produktivität der Betriebe wegen ungenügender Zulieferung und die zum Teil mangelhafte Arbeitsmoral. Insbesondere in den Sommermonaten spitzte sich die Versorgungslage regelmäßig zu: Resigniert konstatierte der Bezirksvorstand (BV) in seinem Bericht an den Hauptvorstand (HV), es gäbe keine neuen Probleme, die alten seien wegen der Urlaubssaison aber noch schlimmer als zuvor.⁸ Wie von Beatrix Bouvier festgestellt, erwuchs aus der Versorgungsfrage in den späten 1980er Jahren auch im Bezirk Rostock die Infragestellung der sozialpolitischen Legitimation des SED-Regimes insgesamt.⁹

Im Vergleich zu den übrigen drei Blockparteien nahmen Umweltfragen, insbesondere unter dem Aspekt der Bewahrung der Schöpfung, bei der CDU(D) eine besonders große Rolle ein.¹⁰ Alle Kreise sorgten sich um den Einfluss der ansässigen Industrie auf die Umwelt, die Verträglichkeit von Tourismus und Ökologie, die Verbesserung der Trinkwasserqualität, die Beseitigung der wil-

7 So beklagte der Kreisverband Wolgast, er habe für 1987 keine der vorgegebenen Plan-kennziffern erreichen können. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Wolgast vom 3. August 1988, in: ACDP 03-043-047/8 (Bestand Bezirk Rostock).

8 Informationsbericht des BV vom 11. Juli 1989 an den HV, in: ACDP 03-043-038/1, S. 2.

9 Beatrix Bouvier: Sozialpolitik in der Ära Honecker, in: Detlev Brunner/Mario Niemann (Hg.): Die DDR – Eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung. Paderborn 2011, S. 203–218, hier S. 215–217.

10 Der KV Rostock-Land spricht dies deutlich aus: „Naturschutz ist Schöpfungsbewahrung“, Informationsbericht vom 5. April 1989, in: ACDP 03-043-032/4, S. 3.

den Mülldeponien und forderten mehr Informationen.¹¹ Mit dem Vorschlag der Einführung des Schulfaches Umweltbildung und einer verstärkten Aufklärung reagierten die Kreisverbände einerseits auf die zunehmende Bedeutung des Umweltschutzes und andererseits auf die „bedauernswerte Ignoranz“¹² der Bevölkerung.

Im Bereich der Innenpolitik setzten die Mitglieder in der Bildung, der Lohn- und Preispolitik,¹³ dem Wahlrecht und dem Umgang mit den Bürgern insgesamt Schwerpunkte. Im Bildungskanon der Schulen und damit im Wissen der Schüler und Bürger sah sich die CDU(D) insgesamt benachteiligt. Daher ist die Forderung nach Aufklärung über das Wirken der Blockparteien im Vorfeld des XX. Pädagogischen Kongresses als Bestreben nach einer größeren Profilierung anzusehen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Diskussion um die Wirtschaftspolitik der DDR, wobei das Ungleichgewicht von Löhnen und Preisen, Subventionen und Ertrag, Sozialleistungen und Arbeitsmoral, Produktionsvorgaben und Materialbereitstellung, Effizienz und Umweltschutz im Fokus stand. Auch die enge Verzahnung von SED und Wirtschaft wurde bereits im Juli 1988 kritisiert.¹⁴

Allen Problembereichen gemeinsam war die Kritik an der Informationspolitik der SED: Die Mitglieder der CDU(D) hatten das Gefühl, dass ihnen Informationen vorenthalten oder diese manipuliert würden. Auch der Vorwurf der Pressezensur wurde deutlich artikuliert.¹⁵ Besonders die permanente Erfolgspropaganda „untergräbt Vertrauen, fördert Resignation und macht auch für Gerüchte anfällig“.¹⁶ Unverständlich erschien den Mitgliedern die Tatsache, dass „die Zeitungsleute sich so verhalten und nicht bereit sind, offensiv das Informationsbedürfnis zu befriedigen, anstatt das Feld westlichen Medien zu überlassen“.¹⁷ Tatsächlich konsultierten auch CDU(D)-Mitglieder regelmäßig

11 Auch die Sicherheit der Atomenergie war ein wichtiges Thema. Besonders thematisiert wurde hier die mögliche Gefahr durch den Militärstützpunkt Peenemünde für das AKW Lubmin/KV Greifswald und die Frage der Wiederaufbereitung und Lagerung der abgebrannten Brennstäbe, in: ACDP 03-043-045/6.

12 So der Greifswalder Umweltstadtrat. Protokoll der Kreisvorstandssitzung des KV Greifswald vom 26. Juli 1988, in: ACDP 03-043-045/5, S. 2.

13 Als Schlagworte sind hier zu nennen: leistungsgerechte Löhne, monetäre Leistungsstimuli, Korrektur der Subventionspolitik. Z. B. Informationsbericht des KV Wolgast vom 5. August 1988, in: ACDP 03-043-033/1, S. 2.

14 Der KV Wolgast forderte, dass Kader in Wirtschaftsbetrieben nicht nach Parteiabzeichen, sondern nach Leistung besetzt werden sollen, um effizienter wirtschaften zu können, Informationsbericht aus dem KV Wolgast vom 5. Juli 1988, in: ACDP 03-043-033/1.

15 Informationsbericht zum 5. Oktober 1988 aus dem KV Wismar, in: ACDP 03-042-032/1, S. 2.

16 Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 23. November 1987, in: ACDP 07-011-6434 (Bestand Ost-CDU: Sekretariat des HV), S. 2.

17 Informationsbericht III/1988 vom 15. September 1988 aus dem KV Ribnitz-Damgarten an den HV, in: ACDP 03-043-033/4, S. 2.

westliche Medien, um authentische Informationen zu volkswirtschaftlichen oder außenpolitischen Fragestellungen zu erhalten.¹⁸ Auch die Bezirksebene hielt sich mit Kritik diesbezüglich nicht zurück: Ende 1988 stellte der Bezirksvorsitzende Dieter Klemm fest, dass „kritische Meinungsäußerungen die positive Weiterentwicklung befördern“ würden.¹⁹

Bereits deutlich vor dem Beginn der Ausreisewelle im Sommer 1989 waren die Reisebestimmungen ein wichtiges Thema. Vor allem die willkürliche Auslegung und Praxis der Reisegesetzgebung stellte bei Mitgliedern und Funktionären gleichermaßen ein Reizthema dar, in dem ein Widerspruch zu dem Wiener KSZE-Schlussdokument gesehen wurde.²⁰ Doch die Ausreiseproblematik betraf nicht nur parteilose Bürger, sondern ebenso Mitglieder und Funktionäre der CDU(D): Die Anzahl der beeinflussbaren Abgänge durch Ausreise und Ausreisanträge²¹ sei zu hoch und die Mitglieder befürchteten, dass diese trotz des Bleibeaufrufes der Kirche wegen der schlechten Versorgungslage, medizinischen Betreuung und aus familiären Gründen weiter zunehmen werden, berichtete der Bezirksvorsitzende Klemm am Ende des Jahres 1988.²²

Glasnost und Perestroika waren in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die zentralen Forderungen, die an der Basis der CDU(D) weitestgehend als richtig und notwendig zur Stabilisierung des Sozialismus bewertet wurden.²³ Während die meisten Kreise von der 7. ZK-Tagung konkrete Reaktionen erwarteten, verwies nur der Kreisverband (KV) Stralsund linientreu darauf, dass der 8. Parteitag der SED im Jahr 1971 schon „eine Wende zur neuen Politik“ eingeleitet habe und weitere Veränderungen nicht notwendig seien.²⁴ Obwohl der BV die Erwartungshaltung der Mitglieder und Kreisfunktionäre an den HV weiterleitete und auf die zunehmende Bezugnahme der Kirchen auf die Re-

18 Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 10. Februar 1988, in: ACDP 07-011-6434.

19 Informationsbericht zum 15. Januar 1988 vom 9. November 1988 vom BV an den HV, in: ACDP 03-043-038/1, S. 13.

20 Das Schlussdokument des KSZE-Folgetreffens in Wien wurde am 21./22. Januar 1989 verabschiedet. Informationsbericht für den Monat Februar vom 31. Januar 1989, in: ACDP 03-043-045/6, S. 2.

21 Das Stellen eines Ausreisantrages wurde von allen Blockparteien als unvereinbar mit der staatstragenden Position der Parteien empfunden, weshalb der Ausschluss des Mitglieds erfolgte. Bei einer illegalen oder legalen Ausreise wurde ebenso verfahren.

22 Brief des BV Rostock an den Parteivorsitzenden Gerald Götting vom 22. Dezember 1988, in: ACDP 07-011-3421, S. 3.

23 Protokoll der Dienstberatung des Bezirkssekretariats vom 4. Juli 1988, in: ACDP 03-043-049/3.

24 Darunter versteht der KV die Intensivierung der Volkswirtschaft, die Reformierung von theoretischen Irrtümern und die Neuordnung der Prioritäten. Informationsbericht KV Stralsund für den Monat November 1988, in: ACDP 03-043-032/2. Auch in dem Bericht an den Hauptvorstand vertritt der KV eine ähnliche Position.

formpolitik Gorbatschows hinwies, nahm er selbst zumindest in wirtschaftlichen Fragen die Stralsunder Position ein.²⁵

Als Reaktion auf die Reformpolitik Gorbatschows war auch die Streichung der sowjetischen Zeitschrift Sputnik von der Postzustellliste im November 1988 zu sehen. Die Meinungsäußerungen hierzu reichten von Missfallen, Befremden und Unverständnis bis hin zu Rücktrittsforderungen an Honecker.²⁶ Pikanterweise stand dem Post- und Fernmelderessort mit Rudolph Schulze ausgerechnet ein Mann aus den eigenen Reihen vor. Während der KV Stralsund erneut nur die offizielle SED-Erklärung wiedergab²⁷, sprachen beide Rostocker Kreise und Wolgast von direkter Informationslenkung²⁸ und einer Maßnahme, die dem bereits lange existierenden Vorwurf der Zensur in die Hände spielte.²⁹ Bei der deutlichen Kritik an dem Verbot darf aber die Argumentation nicht übersehen werden: So begründete zum Beispiel der Vorsitzende des KV Rostock-Land seine Entrüstung damit, „dass unsere durch die sozialistische Schule gegangenen Menschen nicht durch die Darstellung der Person Stalins im Sputnik negativ beeinflusst werden.“³⁰ Schwer zu beurteilen ist die Frage, ob dieser Ansatz möglicherweise nur Chimäre ist, um die politische Legitimität des Protests zu unterstreichen.

Die bereits hier erkennbare Diskrepanz zwischen den KV nahm in der Auseinandersetzung mit den Ereignissen auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens weiter zu. Betroffenheit und Verständnislosigkeit angesichts der blutigen Reaktion des chinesischen Militärs auf die friedlichen Studentenproteste waren der überwiegende Tenor. Die große Unverhältnismäßigkeit der Mittel wurde angeklagt,³¹ mehr Verständnis und Verhandlungsbereitschaft für die Reformbewegung der Studenten und Intellektuellen eingefordert³² und die un-

25 Z. B. in den Briefen des Bezirksverbands an Götting vom 20. Mai 1988 und 15. Juli 1988, in: ACDP 07-011-3420.

26 Laut IM-Bericht soll der Vorsitzende des KV Rostock-Land wegen dieses „beschämenden“ Ereignisses den Rücktritt Honeckers „und seiner Mannschaft“ gefordert haben. Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock vom 15. März 1989, in: BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 26.

27 Sowohl in der Kreissekretariatssitzung am 31. Oktober 1988 als auch im Protokoll der Kreisvorstandssitzung am 7. Dezember 1988, in: ACDP 03-043-041/1 und ACDP 03-043-041/5, S. 2.

28 Informationsbericht des KV Wolgast zum 5. Dezember 1988, in: ACDP 03-043-033/1.

29 Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5. Dezember 1988, in: ACDP 03-043-033/5.

30 Ebd.

31 Protokoll der Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 5. Juni 1989, in: ACDP 03-043-040/2.

32 Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5. Juli 1989, in: ACDP 03-043-032/4, S. 2.

zeitgemäße Brutalität verurteilt.³³ Anders in Stralsund: Die einrückende Armee habe keinen Schießbefehl gehabt, sei durch die tobende „konterrevolutionäre“ Menschenmenge jedoch zum Eingreifen gezwungen worden.³⁴ Hier wird die Spannbreite der möglichen Meinungsäußerungen der Kreisfunktionäre besonders deutlich. Dass die Position Stralsunds dementsprechend nicht nur eine Reaktion auf einen starken Anpassungsdruck sein kann, zeigen die Bewertungen der anderen KV.³⁵

Die Entwicklung der Ostblockstaaten in den Jahren 1988/1989 wurde sehr interessiert, aber auch verunsichert wahrgenommen. Besorgnis über die angespannte Lage in den sozialistischen Bruderstaaten ist auch schon im Sommer 1988 geäußert worden.³⁶ Aber erst ab 1989 wurde den Mitgliedern bewusst, dass die Dimension der Veränderungen und die Wechselwirkungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik so groß waren, dass sie auch das Leben in der DDR beeinflussen würden. Obwohl die Mitglieder hausgemachte Probleme für die Ausschreitungen in der UdSSR und in Polen verantwortlich machten,³⁷ wurde die Befürchtung einer ähnlichen Auswirkung der Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung nicht angesprochen.

Wie zu erwarten war, nahm Stralsund auch in der Einschätzung der Entwicklungen im Ostblock eine Sonderstellung ein: Die Umgestaltung der Wirtschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) habe auch Nachteile wie die zunehmende Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds (IWF).³⁸ Zudem entsprächen Privatisierungen und die Zulassung von neuen Parteien nicht der Vorstellung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft, sondern zeigten bürgerliche Tendenzen „konterrevolutionären“ Ausmaßes auf.³⁹ Im Sommer 1989 prophezeiten nicht wenige das Ende des Bündnisses.⁴⁰

33 Informationsbericht des KV Rügen vom 5. Juli 1989, in: ACDP 03-043-032/5.

34 Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 5. Juni 1989, in: ACDP 03-043-041/1.

35 Auf die besonders linientreuen Stellungnahmen des KV Stralsund wird meine Dissertation ausführlich eingehen.

36 Zum Beispiel im Informationsbericht des BV an den HV vom 10. August 1988, in: ACDP 03-043-038/1, S. 2.

37 So auch in den Informationsbericht des KV Wolgast an den HV vom 8. September 1988, in: ACDP 03-043-033/1.

38 Informationsbericht des KV Stralsund für den Monat Oktober vom 4. November 1988, in: ACDP 03-043-032/2.

39 Informationsbericht des KV Stralsund für den Monat November vom 6. Dezember 1988, ebd.

40 Vgl. dazu z. B. Informationsbericht KV Greifswald für den Monat Mai vom 2. Mai 1989, in: ACDP 03-043-045/6, S. 2.

2.2. Die Politisierung der Kirchen und der Bürger

Eines der, wenn nicht das Hauptanliegen der CDU(D) war die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, beziehungsweise das Einfügen der Kirche in die ihr zugeordnete Position im DDR-Sozialismus. Die CDU(D) sollte als eine Art Mittler zwischen Staat und Kirche fungieren, aber stand der SED bis zum Jahr 1989 insgesamt näher. Die ersten eindeutig kritischen Äußerungen gegen die Politisierung der Kirche richteten sich im Februar 1988 gegen die Bittgottesdienste für inhaftierte Umweltaktivisten in Berlin und die Einrichtung einer Umweltbibliothek in Wismar: „Alles Störende zwischen Staat und Kirche“ müsse vermieden werden, forderte der BV.⁴¹ Ab April häufte sich die Kritik: gegen „staatsfeindliche Aktionen wie die in der Zionskirche in Berlin“⁴² und gegen die „Rolle einiger Pastoren als Sammelstelle für Oppositionelle“.⁴³

Der Ton der Berichte wurde bis zum Herbst 1988 deutlicher: Die CDU(D) sollte die „strikte Trennung durchsetzen und der Kirche klarmachen“, dass die „oppositionellen Gruppen in der Kirche dem Verhältnis zum Staat entgegen stehen“.⁴⁴ Dieses Bekenntnis nahm die Staatsicherheit zwar wohlwollend wahr, beklagt aber die „unzureichende“ Wirksamkeit der CDU(D) gegenüber den Kirchen.⁴⁵ Widerspruch gegen den allgemeinen Tenor kam aus dem KV Rostock-Stadt: Die evangelische Kirche nähme lediglich ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr,⁴⁶ die „staatlichen Stellen“ täten sich aber schwer damit, „das Engagement der Kirchen anzunehmen“⁴⁷. Insgesamt verhielten sich die Forderungen nach einer unpolitischen Kirche im Jahr 1988 proportional zu den politischen Stimmen aus dem Raum der Kirche.

Für das Verhältnis Staat-CDU(D)-Kirche ist kennzeichnend, dass die Partei zwar permanent um kirchliche Amtsträger, deren Engagement und die Übernahme von Mandaten warb, andererseits aber politisches Handeln, das außerhalb des politischen Rahmens geschah, ausdrücklich zu unterbinden suchte: In vielen Fällen wurde nicht über die inhaltliche Position der Kirche diskutiert,

41 Informationsbericht des BV Rostock für den Monat März an den HV vom 19. Februar 1988, in: ACDP 07-011-3419, S. 4f.

42 Informationsbericht für den Monat April vom KV Grevesmühlen an den HV vom 13. April 1988, in: ACDP 07-011-4380, S. 2.

43 Protokoll der Kreisvorstandssitzung KV Rostock-Land vom 5. Juli 1988, in: ACDP 03-043-041/2.

44 Brief Klemm an Götting vom 24. Oktober 1988, in: ACDP 07-011-3420, S. 3.

45 Über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion vom 3. Mai 1989, in: BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 6405, S. 2.

46 Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5. April 1989, in: ACDP 03-043-032/4, S. 2.

47 Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5. Dezember 1988, ebd., S. 3.

sondern um die Tatsache der Positionierung! Denn damit entzog sich die Kirche dem Zugriff der christdemokratischen Partei und stellte so deren Daseinsberechtigung in Frage. Ob dieser Zusammenhang aber von den Mitgliedern erkannt wurde, ist fraglich.

Zeitgleich nahmen die Mitglieder der CDU(D) auch eine Stimmungsänderung und Sammlungsbewegung im Bereich der Friedens- und Umweltbewegung wahr, die aber insgesamt einen deutlich kleineren Raum der Berichterstattung einnahm. Dass die CDU(D) dem bürgerlichen Protest weit weniger kritisch als der Positionierung der Kirchen gegenüberstand, lag sicherlich auch in der Instrumentalisierung der Partei durch die SED begründet. Klemms Versuche, sich in die entstehende Friedensbewegung zu integrieren, stießen dort auf wenig Gegenliebe, wie die Wahrnehmung der Partei durch die Gruppenmitglieder verdeutlicht.⁴⁸ Insbesondere wurde im Zusammenhang mit der Kommunalwahl ein gestiegenes Selbstbewusstsein der Bürger beobachtet, das der BV jedoch durchaus positiv bewertete. Als direkte Reaktion auf die Fälschung der Kommunalwahl wurde Ende Mai erstmals die Verzahnung der bürgerlichen mit der kirchlichen Opposition beobachtet. Auch kirchenfremde Personen und Gruppen, „denen weder das Evangelium noch ein gutes Verhältnis zum Staat am Herzen liegt“, versammelten sich nun um die Kirchen.⁴⁹

2.3. Politisches Protestpotential in der CDU(D)

Bereits im Jahr 1987 umfasste der Misstrauen an der Parteibasis auch fundamentale Themen, die sich gegen die SED richteten und auch die politische Anleitungstätigkeit des eigenen HV grundsätzlich in Frage stellten.⁵⁰ Die wahrgenommene Diskrepanz zwischen staatspolitischer Theorie und Praxis führte schon hier zu einer zu hohen Anzahl „beeinflussbarer Austritte“⁵¹, die von da an stetig stieg. Ausgehend von der kritisierten Bevorzugung von SED-Mitgliedern in Leitungspositionen, der Degradierung der Volksvertreter zu Mängelverwaltern und dem Selbstverständnis einiger kommunaler Abgeordneter wur-

48 Klemm versuchte, sich dem neuen interdisziplinären Forschungskreis Friedensfragen an der Universität Rostock anzuschließen, was jedoch von den beteiligten Professoren nur widerwillig hingenommen wurde. Davon ließ Klemm sich jedoch nicht abhalten, in: ACDP 07-011-3419, S. 5.

49 Informationsbericht des KV Grevesmühlen an den HV vom 17. Juli 1989, in: ACDP 03-043-033/3, S. 2.

50 Informationsbericht des KV Wismar an den HV vom 1. Dezember 1987, in: ACDP 07-011-6434, S. 2.

51 Der Statistische Jahresbericht vom 14. Februar 1988 weist für das Jahr 1987 70 beeinflussbare Abgänge im Bezirk Rostock aus, in: ACDP 07-011-5681.

de in der ersten Hälfte des Jahres 1988 die Hoffnung geäußert, dass die kommende Kommunalwahl geeignete Kandidaten hervorbringe.⁵²

Trotz der Unaufrichtigkeit, der Mangelwirtschaft, der häufigen Unlösbarkeit von bestehenden Problemen und den geringen Einflusschancen erhob der Greifswalder KV das Postulat „Resignation ist unchristlich!“⁵³. Anlass zu dieser Parole gab es genügend: Fast alle KV meldeten ab dem Sommer 1988, dass sie gegen die großen Resignationstendenzen nicht mehr ankämen und die Enttäuschung der Mitglieder ebenso zunähme, wie das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsführung schwinde.⁵⁴ Mandate konnten nicht mehr besetzt werden und die Mitgliedererregung stagnierte. Insbesondere die jungen Mitglieder waren desinteressiert und nicht zur Übernahme von Verantwortung zu bewegen,⁵⁵ weil „echte Mitarbeit nicht gewollt ist“ und die „Aufgabe als Abgeordneter zum größten Teil nur aus Händeheben und Kopfnicken besteht“⁵⁶. Dem Vertrauensverlust gegenüber Staatsführung und CDU(D) wollten die Mitglieder durch den Abbau der bürokratischen Willkür, einer effizienten und bürgernahen Kommunalpolitik, einer authentischen Informationspolitik, mehr Transparenz und Bedarfsorientierung in Wirtschaftsfragen und einer stärkeren Profilierung der CDU(D)⁵⁷ entgegenwirken. Damit stellten sie bereits den Forderungen- und Maßnahmenkatalog auf, der in seinen Grundzügen bis zum Sonderparteitag im Dezember 1989 bestehen blieb.

Die erste Hälfte des Jahres 1989 war von der Verschärfung der dargelegten Tendenzen bis hin zur Arbeitsunfähigkeit einzelner Ortsgruppen gekennzeichnet. Im Vorfeld der Wahl äußerten vereinzelte Mitglieder den erklärten Wahlverweigerungen gegenüber sogar Sympathie und Verständnis.⁵⁸ Auch innerhalb der Union gab es Nichtwähler, deren sofortigen Parteiausschluss die SED

52 Protokoll der Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 2. Juni 1988, in: ACDP 03-043-045/5, S. 2.

53 Protokoll der Kreisvorstandssitzung Greifswald vom 7. Juli 1988, ebd.

54 „Offizielle Verlautbarungen zeichnen ein Bild, das von der Bevölkerung nur mit Hohn und deftigen Bemerkungen quittiert wird. Wie lange soll das noch gehen, wenn man das Vertrauen gegen Vertrauen erhalten will?“ Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 6. September 1988, in: ACDP 07-011-4380.

55 Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5. November 1988, in: ACDP 03-043-033/5.

56 Informationsbericht des KV Wolgast zum 5. November 1988, in: ACDP 03-043-033/1, S. 2. Gleichlautend geht diese Information am 10. November 1988 an den HV. Informationsbericht Wolgast für das IV. Quartal, ebd.

57 Der Wunsch nach stärkerer Betonung des Christlichen wird unter anderem im Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5. Februar 1989 geäußert, in: ACDP 03-043-032/4, S. 3.

58 Protokoll der Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten vom 4. Mai 1989, in: ACDP 03-043-033/6, S. 3.

nach den Wahlen forderte.⁵⁹ Auch für die SED war das Unruhepotential in der CDU(D) deutlich erkennbar. Die Ende 1988 initiierte stärkere Durchdringung der Blockparteien mit Mitarbeitern des MfS führte im März 1989 zu folgendem Resümee: Zunehmende kritische und ablehnende Positionen gegenüber der Wirtschafts- und Informationspolitik und der Wunsch nach einem größeren Mitspracherecht wären deutlich erkennbar, sozialismusfeindliche Ziele jedoch nicht.⁶⁰

Auch im HV wurde die Forderung nach einer größeren Eigenständigkeit und Profilierung der Christdemokraten deutlich. Vor allem der reformorientierte stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Heyl gewann für die Mitglieder an Bedeutung. Heyls neue Linie brachte jedoch die ausführenden Funktionäre im BV in eine ungewohnte und schwierige Situation.⁶¹

3. *Profilierung und Emanzipation. Der Sommer/Herbst 1989*

Der Wunsch nach Veränderung wuchs nach der Kommunalwahl. Neben Fragen nach einem neuen Wahlrecht verzeichneten einige KV nun erstmals ein verstärktes Engagement von Mitgliedern, die bis dato passiv gewesen waren.⁶² Ein weiteres Indiz für das Emanzipationsbestreben liefert der KV Rügen, der nach einer Anleitung zur effizienten Ausnutzung des rechtlichen und politischen Spielraums fragte.⁶³

Die Einweihung des renovierten Greifswalder Doms rief im Juli neben Zustimmung auch vielerlei Kritik hervor, erstmals am Vorsitzenden Gerald Götting⁶⁴: Seine Absenz wäre beschämend und beschädige das Ansehen der Partei bei Pastoren und Christen.⁶⁵ Auch der BV erkannte die Krise der Partei und ging angesichts der bis zur Jahresmitte erklärten 150 Parteiaustritte auf die Profilierungsanregungen der Kreise ein.⁶⁶ Im August stellte der KV Rügen zur politischen Situation fest: „Die bloße Existenz von mehreren Parteien ist nicht

59 So ist es dem Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten an den HV vom 5. Juli 1989 zu entnehmen, in: ACDP 03-043-033/4.

60 Bericht der Rostocker Auswertungs- und Kontrollgruppe vom 17. Januar 1989, in: BStU, Ast. Rostock, UUA 692, Bl. 189f.

61 Bericht über den CDU-Bezirksverband Rostock im Vorfeld der Kommunalwahl 1989 vom 2. Februar 1989, in: BStU MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 421, Bl. 452.

62 Informationsbericht des KV Ribnitz-Damgarten vom 1. Juni 1989, in: ACDP 03-043-033/6.

63 Informationsbericht des KV Rügen vom 5. Juni 1989, in: ACDP 03-043-032/5, S. 2.

64 Vgl. die Götting-Biographie von Peter Joachim Lapp: Gerald Götting – CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biografie. Aachen 2011.

65 Informationsbericht des KV Rostock-Stadt vom 5. Juli 1989, in: ACDP 03-043-032/4, S. 3.

66 Das sind mehr als doppelt so viele Austritte, wie im gesamten Jahr 1987 verzeichnet wurden. Siehe: Protokoll der Bezirkssekretariatsitzung am 12. Juli 1989, in: ACDP 07-011-3871, S. 3 und Anhang.

entscheidend, sondern ihre Arbeitsbedingungen!“⁶⁷ Andere Kreise wie Wolgast resignierten vollends.⁶⁸

Ab Ende August kam zu den bestehenden Problemen noch die beginnende Massenausreise hinzu. Die Strapazierfähigkeit der Bürger schien ausgereizt zu sein: „Um es ganz klar zu sagen: Der Bürger, der vergeblich nach einem der 1000 kleinen Dinge sucht, der Schlange stehen muss oder gar noch unfreundlich und bürokratisch behandelt wird, ist kaum noch mit dem Argument zu besänftigen, dass die Friedenspolitik der DDR weltweit anerkannt ist. (...) Die Bevölkerung ist größtenteils frustriert. (...) Wie lange soll das noch so gehen?“⁶⁹ Auch seitens der Bevölkerung nahmen die Mitglieder einen zunehmenden Positionierungsdruck wahr⁷⁰ und beobachteten, dass die Kirche klarere Standpunkte vertrat als sie selbst.⁷¹ Als Reaktion darauf forderten mehrere Kreisvorsitzende und Präsidiumsmitglieder um Heyl energisch die Umgestaltung der DDR nach sowjetischem Vorbild,⁷² sodass der Druck auf Götting weiter wuchs: „Ein Ausweichen dieser Fragen (...) wird nicht mehr akzeptiert.“⁷³

Im Gegensatz zu seinem Vorläufer, dem Brief aus Neuenhagen vom Juni 1988, fiel der Brief aus Weimar im September 1989 auf einen bereiteten Boden und avancierte zum Kristallisationspunkt und Sprachrohr der CDU(D)-Mitglieder.⁷⁴ Mit ihm legten kirchliche Würdenträger um den Kirchenrat Dr. Müller einen umfassenden reformsozialistischen Forderungskatalog vor, der auch wegen der Veröffentlichung über westdeutsche Medien eine enorme Wirkung erzielte. Trotz gegenteiliger Anordnung wurde der Brief in vielen Orts- und Kreisverbänden diskutiert und positiv kommentiert, wenngleich die meisten KV und vor allem der BV das Vorgehen der Initiatoren als vertrauensbrüchig kritisierten.

Die Bad Doberaner nutzten den Brief aus Weimar dazu, gleichsam ihre Ablehnung der Orientierungen des HV auszudrücken und diesen mit einem Fragenkatalog zum Handeln zu zwingen.⁷⁵ „Ansonsten müsse man sich Gedanken über

67 Informationsbericht des KV Rügen zum 5. August 1989, in: ACDP 03-043-033/1, S. 2.

68 Informationsbericht des KV Wolgast vom 5. August 1989, ebd., S. 5.

69 Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 11. September 1989, in: ACDP 03-043-038/1.

70 Z.B. Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 11. September 1989, in: ACDP 03-043-038/1, S. 2.

71 Informationsbericht des KV Rügen vom 5. September 1989, in: ACDP 03-043-032/5.

72 Einschätzung über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und der LDPD vom 24. August 1989, in: BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 887, Bl. 4–5.

73 Berichterstattung des KV Bad Doberan an den HV vom 10. September 1989, in: ACDP 03-043-032/3, S. 2.

74 Siehe dazu: Agethen, Unruhepotentiale und Erhart Neubert: Der Brief aus Weimar. Zur Selbstbefreiung der CDU im Herbst 1989. Sankt Augustin/Berlin 2014.

75 Einschätzung über politisch und politisch-operativ beachtenswerte Aspekte der Lage in den befreundeten Parteien im Bezirk Rostock vom 28. September 1989, in: BStU, MfS,

einen neuen Parteivorstand machen.“⁷⁶ Durch diesen Vorstoß ermutigt, emanzipierten sich auch andere KV.⁷⁷ Unabhängig von der unterschiedlichen Reaktion auf das Weimarer Dokument vereinte der Wunsch nach größerer Profilierung der Partei und einem Ende der Ausreisewelle aber alle KV und den BV.⁷⁸

Das allgemeine Festhalten an der politischen Form und Struktur der DDR bekam Anfang Oktober Risse, als eine Ortsgruppe im Kreis Wismar fragte, ob es nicht auch einen sozialistischen Parlamentarismus geben könne und mahnte, die „politischen Verkrustungen“ aufzuweichen, „bevor unabhängige politische Kräfte diese sprengen“⁷⁹. Erste Parteiaustritte und Übertritte zu der als wegweisend empfundenen LDPD meldete der Kreis Grevesmühlen an den HV. Auch Götting sei mittlerweile stark umstritten.⁸⁰ Die Gestaltungshoheit sahen aber viele Kreise weiterhin bei der SED und forderten, „dass der Staatsratsvorsitzende einen Prozess beginnt, der Vertrauen zur Arbeit der staatlichen Organe ermöglicht“. An diesem Reformprozess wollten sie mit mehr als „immer nur bitten und vorschlagen“ teilhaben.⁸¹

Einzig der KV Stralsund hielt weiterhin an seiner konformen Rolle fest: Es gäbe genügend Wege des gesellschaftlichen Engagements; weder das Neue Forum noch eine Opposition insgesamt werde benötigt.⁸² In den beschwörenden, fast um eine Reaktion bettelnden Briefen und Eingaben der Mitglieder wird deutlich, dass der überwiegende Teil der Parteibasis sich auch Mitte Oktober 1989 noch für Reformen des Sozialismus einsetzte und sie „weiter in der DDR leben und das sozialistische System, wie es die Klassiker lehrten und wie es im Parteiprogramm, im Statut der SED und auch in unseren Parteidokumenten steht,“⁸³ verwirklichen wollten. Selbst zwei Wochen später schätzte ein IM noch ein, dass „die Mehrheit der Mitglieder der CDU auf der Grundlage des Sozialis-

HA XX, Nr. 7627, Bl. 56 und Informationen der Kreisdienststelle Bad Doberan vom 26. September 1989, in: BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 421, Bl. 8.

76 Einschätzung über politisch und politisch-operativ beachtenswerte Aspekte der Lage in den befreundeten Parteien im Bezirk Rostock vom 28. September 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 7627, Bl. 57.

77 Z. B. Protokoll der Kreisvorstandssitzung Rostock-Stadt vom 18. September 1989, in: ACDP 03-043-043/3 oder Einschätzung der Situation in den Blockparteien, CDU-Rügen vom 26. September 1989, IM-Bericht „Ecke“, in: BStU MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 563, Bl. 2–3.

78 Beratung des Bezirkssekretariats mit Volkskammerabgeordneten und Hauptvorstandsmitgliedern am 25. September 1989, in: ACDP 03-043-049/2, S. 2.

79 Eingabe der Ortsgruppe Wismar II, vom 2. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3370, S. 2f.

80 Informationsbericht des KV Grevesmühlen an den HV vom 3. Oktober 1989, in: ACDP 03-043-033/3, S. 2.

81 Brief des Kreisvorstandes Wismar an die Parteileitung vom 3. Oktober 1989, in: ACDP 03-043-032/1, S. 1–3.

82 Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 4. Oktober 1989, in: ACDP 03-043-041/1, S. 1–5.

83 Eingabe Nr. 275 einer Ortsgruppe im KV Wismar vom 10. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3369, S. 2.

mus und in Anerkennung der führenden Rolle an der Bewältigung an der entstandenen Situation mitarbeiten“ und wies mahndend darauf hin, dass dessen Gelingen „aber von der Reaktion Göttings abhängt, da sonst jüngere Reformkräfte mit oppositionell schärferen Grundzügen das Sagen bekommen“. ⁸⁴ Auch Klemm bestätigte, dass auf „Veranstaltungen kritische Fragen zu Dingen, die bisher feststanden, geäußert werden, wie zum Beispiel zum Führungsanspruch der SED.“ ⁸⁵

Nachdem Reaktionen des Parteivorsitzenden weiterhin ausblieben, kamen Forderungen nach Kaderveränderungen unter Androhung von Austritten oder Übertritten ab Ende Oktober von allen Seiten unterhalb des Bezirksvorstandes. ⁸⁶ Zeitgleich waren ernstzunehmende Bestrebungen auch im HV erkennbar, Götting wegen seiner Reformunwilligkeit und seines seit Jahren beklagten autoritären Führungsstils abzulösen. ⁸⁷ Dass es in diesem Zusammenhang auch eine Verbindung in das MfS gab, deutet ein IM-Bericht an, der jedoch bis zum derzeitigen Arbeitsstand der Dissertation noch nicht verifiziert werden konnte. Am 2. November 1989 erfolgte Göttings Rücktritt, der von den Mitgliedern überraschenderweise kaum kommentiert wurde. ⁸⁸ Nach Heyls kurzem Interimsvorsitz wurde mit Lothar de Maizière ein kirchennaher Vertreter zum letzten Vorsitzenden der Ost-CDU gewählt.

4. *Parteikommunikation und Berichterstattungsstruktur*

Dass kritische Meinungen in der CDU(D) überhaupt geäußert werden konnten, setzt einen Charakter der Parteikommunikation voraus, der das Überbringen von unbequemen Wahrheiten und von abweichenden Meinungen zumindest akzeptiert. Die untersuchten Informationsberichte schrieben die Sekretäre und Vorstände jedes Kreises monatlich an die übergeordnete Bezirksleitung. Ebenso berichtete der BV anhand der Berichte aus den Kreisen monatlich an den HV oder Götting persönlich. Zusätzlich erstellten die Kreise auch quartalsweise Direktinformationen, die unmittelbar an das Sekretariat des HV gerichtet waren.

Die inhaltliche Struktur der Informationsberichte wurde durch das Sekretariat des HV festgelegt. In ihren geschlossenen Formulierungen und der fragebogenartigen Anlage zielte sie bis Juli 1985 nur auf die Kontrolle der Umsetzung der

84 Bericht eines Berliner IM vom 24. Oktober 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 18776, Bl. 21.

85 Bericht BV Rostock an Götting vom 27. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3422.

86 Beratung mit Staatsfunktionären und Abgeordneten in Nienhagen am 25. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3871, S. 5.

87 Informationen über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 23. Dezember 1988, in: BStU, MfS, HA XX 6632, Bl. 49.

88 Informationsbericht Rügen vom 5. November 1989, in: ACDP 03-043-032/5.

Vorgaben des Vorstandes ab.⁸⁹ Eine inhaltliche Rückmeldung über die Zustände und Themen an der Basis war bis zum Sommer 1985 nicht vorgesehen. Der Berichterstattungsplan für das III. Quartal 1985 jedoch fragt erstmals gezielt nach der „Meinungsbildung unserer Mitglieder (...) zu aktuell-politischen Geschehnissen“ und will wissen, welche Probleme im Bezirk bzw. im Kreis gegenwärtig eine Rolle spielen.⁹⁰ Dieser Stimmungswandel hin zu einer freiwilligen oder notwendig erscheinenden Orientierung auf die Parteibasis erhöht den Authentizitätsgrad der Berichte, wie die Parallelüberlieferung an BV und die Direktinformationen an den HV feststellen lassen: Die Kreise machen kaum Unterschiede in ihren Berichten an beide Instanzen. Zum Teil finden sich in zeitnahen Berichten identische Abschnitte. Gleiches lässt sich auch für die Berichte des BV an den HV feststellen. Die Einschätzungen der Kreise werden unverfälscht und zum Teil wörtlich wiedergegeben, es wird nicht (eventuell zusätzlich) beschönigt.

Dass die Parteiführung aufgrund einer strengen Parteidisziplin und einer scharfen Sanktionierung von wahrheitsgetreuen, aber unangenehmen Informationen keinen Einblick in die Lage an der Parteibasis hatte, stimmt also nicht. Die entscheidende Frage ist daher, wie der HV mit den Meldungen von der Basis gearbeitet hat. Auch wenn es vereinzelt gegenteilige Beispiele gibt, ist die Reaktion der Parteiführung auf die Berichterstattung der Mitglieder verhalten bis desinteressiert. Auch die Unterlagen der Staatssicherheit bestätigen den Verdacht, dass Götting keinerlei Interesse an der Parteibasis hatte und er auch gegenüber der SED nicht bestrebt war, authentische Informationen zu vermitteln. So soll er Sitzungsprotolle des HV manipuliert haben, bevor er diese an die Abteilung Befreundete Parteien übergeben hat, weil es „in den Fachabteilungen beim ZK der SED gar kein Interesse an realen, problembezogenen Informationen gibt“.⁹¹

Die geringe Rückmeldung von der Parteileitung bemerkten auch die KV. So stellte der Greifswalder KV fest, dass sie „Berichte um der Berichte wegen“ schreiben, was die resignativen Tendenzen noch verstärkt.⁹² Dass es trotz des

89 Die Pläne für die Berichterstattung bestanden zum größten Teil aus den folgenden stark normativen Formulierungen: „Wie zeigten die Mitglieder, dass sie den Zusammenhang zwischen A und B verstanden haben?“, „Wie werden die Vorgaben ... umgesetzt?“, „Welche Erkenntnisse konnten gefestigt werden?“ usw. Siehe: Plan der Berichterstattung für das II. Quartal 1985, Beschlussvorlage für die Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 25. Februar 1985, in: ACDP 07-011-3082, S. 2.

90 Auf die Bedeutung des Jahres 1985 wurde bereits kurz eingegangen. Plan der Berichterstattung für das III. Quartal 1985, Beschlussvorlage für die Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 28. Mai 1985, in: ACDP 07-011-3083, S. 2.

91 Informationen über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien vom 23. Dezember 1988, in: BStU, MfS, HA XX 6632, Bl. 49.

92 Informationsbericht des KV Greifswald an den HV vom 10. Mai 1989, in: ACDP 03-043-045/6, S. 3. Es gibt daneben auch zahlreiche andere Beschwerden über die zu geringe oder die nicht vorhandene Reaktion der Parteileitung.

größeren Spielraumes für Meinungsäußerungen auch Beispiele für einen restriktiveren Umgang mit Informationen gab, belegen mehrfach abgelehnte Berichte und der Umgang mit dem Brief aus Weimar.

In den Sommermonaten 1989 wurde offensichtlich eine gewisse Bewegung an der Basis wahrgenommen, die noch größerer Aufmerksamkeit und Kontrolle bedurfte: Der Sinn der Mitgliederversammlungen wurde nun darin gesehen, „Informationen an die Mitglieder zu geben und Informationen der Mitglieder an die Vorstände und Ortsgruppenvorsitzenden zu geben“.⁹³ Reaktionen auf das so zu Tage geförderte widerständige Verhalten von Mitgliedern und Funktionären in Form von Operativen Personenkontrollen durch das MfS blieben jedoch die Ausnahme.

Anfang Dezember 1989 wurden die Berichterstattungswege im Zuge des Erneuerungsprozesses wesentlich gelockert und die Kommunikation verlief unregelmäßig und ohne inhaltliche Vorgaben,⁹⁴ sodass in den folgenden Monaten auch angesichts der gravierenden Ereignisse weitaus weniger Quellenmaterial produziert wurde.

Insgesamt haben die Berichte der CDU(D) trotz MfS-Informationen über Schönfärberei und Manipulationen⁹⁵ einen hohen Authentizitätsgehalt: Neben der DDR-üblichen Rhetorik und den ritualisierten Treuefloskeln kann man den Berichten tatsächliche Informationen über das Meinungsbild an der Parteibasis entnehmen. In Struktur, Inhalt und Realitätsgehalt ist die Parteikommunikation der CDU(D) der der SED ähnlich.⁹⁶ Trotz der scheinbar geringen Resonanz der übergeordneten Instanzen darf der tatsächliche Effekt der Berichterstattung aber nicht unterschätzt werden: Die Informationen der Parteibasis haben den reformorientierten Kräften im CDU-Hauptvorstand um Heyl den Rückhalt der Basis signalisiert. Ohne sie wäre Göttings Sturz möglicherweise erst später erfolgt. Auch die ohnehin zögerlichere Bezirksebene hätte sicherlich ohne die Rückmeldung aus den Kreisen noch länger an den etablierten Strukturen festgehalten.

5. *Das Verhältnis zur SED*

Seitens des Parteivorstands ist das „freundschaftliche, vertrauensvolle und schöpferische“ Miteinander mit der SED bis weit in das Jahr 1989 hinein gepriesen worden, während sich von der Parteibasis bis hinauf auf die Bezirksebene

93 Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 12. Juli 1989, in: ACDP 07-011-3871, S. 9.

94 Über die Reform der Berichterstattung äußert sich beispielsweise der BV in dem Informationsbericht an den HV vom 15. Dezember 1989, in: ACDP 03-043-038/1.

95 Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10. August 1984, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6632, Bl. 12.

96 Siehe dazu: Mario Niemann: „Schönfärberei und Schwarzmalerei“. Die Parteinformationen der SED, in: Brunner/Niemann (Hg.): Die DDR, S. 159–186.

schon wesentlich früher eine kritische Einstellung gegenüber der „Partei der Arbeiterklasse“ entwickelte. Bereits im Oktober 1987 kamen in Greifswald Stimmen auf, die auf den inszenierten Charakter der Blockpolitik hinwiesen.⁹⁷ Der BV übernahm hier noch eine vermittelnde Rolle: Trotz des generell „freund-schaftlichen und vertrauensvollen Verhältnisses“⁹⁸ räumte er ein, „dass wir nur dann vorankommen, wenn von unserer Seite immer wieder nachgestoßen wird“⁹⁹ und beklagte, dass die Kandidaten der CDU(D) für die Kommunalwahl im Mai 1989 „von einigen SED-Bürgermeistern nicht akzeptiert werden“.¹⁰⁰

Die KV sind in ihrer Einschätzung der Zusammenarbeit mit der SED konsequenter. Insbesondere die Kreise Wolgast, Rostock, Greifswald und Bad Döberan fallen häufig durch scharfe Formulierungen in der offen geäußerten Kritik auf. Konform antwortete dagegen der Stralsunder KV auf den Wunsch nach einer größeren Wirksamkeit der CDU(D) im März 1989 noch ganz agitatorisch: „Das Wirken der CDU(D) tritt umso erfolgreicher hervor, desto enger das Bündnis mit der Partei der Arbeiterklasse ist. Wenn die Führungsrolle der Arbeiterklasse wächst, wächst auch die Mitverantwortung der CDU“¹⁰¹. Im Vorfeld der Wahl forderte aber auch der KV Stralsund angesichts der Streichung eines Bürgermeistermandats: „Bei der nächsten Wahl müssen wir auf unser Recht bestehen!“¹⁰² Neben der bereits thematisierten Domeinweihung in Greifswald nahmen die konkreten Äußerungen gegen die SED im Juli 1989 zu. So stellte der KV Grimmen frustriert fest: „Auf der unteren Ebene ist die Mitarbeit oft auch nicht gefragt.“¹⁰³

Die von Suckut vertretene These, die SED habe den Blockparteien in Legitimierungskrisen einen größeren Spielraum zugestanden,¹⁰⁴ wird im Juli 1989 bestätigt. Der SED-Bezirksvorsitzende Timm betonte hier die „Notwendigkeit

97 Brief eines kirchennahen Mitgliedes vom 1. Oktober 1987 an den HV, in: ACDP 07-010-4976.

98 Informationsbericht des BV Rostock an Götting vom 24. Oktober 1988, in: ACDP 07-011-3420, S. 6.

99 Informationsbericht des BV Rostock an Götting vom 19. Februar 1988, in: ACDP 07-011-3419, S. 3.

100 Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 2. November 1989, in: ACDP 07-011-4678, S. 2.

101 Informationsbericht des KV Stralsund vom 2. März 1989, in: ACDP 03-043-033/2.

102 Protokoll der Kreissekretariatssitzung Stralsund vom 10. April 1989, in: ACDP 03-043-041/1.

103 Informationen des KV Grimmen vom 5. Juli 1989, in: ACDP 03-043-033/4, S. 3.

104 Vgl. Siegfried Suckut: Die gesellschaftspolitische Funktion und Bedeutung der Blockparteien, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Band II/1: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Baden-Baden 1995, S. 282–290, hier S. 283.

der Setzung politischer Akzente bei den Parteien¹⁰⁵, um das Protestpotential der Bürger durch diese inszenierte Profilierung zu kanalisieren. Gleichsam lässt sich daran auch erkennen, dass die SED bereits im Sommer 1989 auf die Mitarbeit der Blockparteien angewiesen war.

Während Kreise wie Grimmen und Stralsund auch Mitte September noch eng an der Seite der SED standen, war der Sommer und frühe Herbst 1989 in den meisten Kreisen von einem stetigen Emanzipationsprozess gekennzeichnet. Während einzelne Mitglieder Anfang Oktober die Ausgestaltung der Führungsrolle der SED kritisierten,¹⁰⁶ zogen einzelne Kreissekretariate Mitte Oktober nach und erklärten, dass sie „derzeit nicht mit der Führungsrolle einverstanden“¹⁰⁷ seien. Dabei erstreckte sich die Spannbreite der Ablehnung von modifizierenden Vorstellungen hauptamtlicher Mitarbeiter¹⁰⁸ bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung in einigen Ortsgruppen: „Wer die Zeichen der Zeit nicht verstehen will, sollte seinen Platz räumen.“¹⁰⁹

Für den BV stand jedoch offiziell auch noch am 27. Oktober fest, dass es den Blockparteien gestattet sein muss, „unter der Führungsrolle der SED einen eigenen Beitrag [zu] leisten“, wengleich Klemm gegenüber Götting einräumte: „Du weißt selbst, wie unterschiedlich die Zusammenarbeit mit den Genossen gewesen ist.“¹¹⁰ Ende Oktober setzte sich ein generelles Misstrauen gegenüber der SED durch. Die nicht-öffentliche Regierungsansprache des Honecker-Nachfolgers Egon Krenz am 18. Oktober 1989 wurde als wenig vertrauensbildend eingeschätzt, ebenso die Tatsache, dass er wie auch Honecker zuvor die Ämter des Parteivorsitzenden, Staatsratsvorsitzenden und des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates in Personalunion innehatte.¹¹¹ Aus Grevesmühlen wurde Anfang November berichtet, dass die Mitglieder mit dem Auftreten der Genossen, der Amtsnachfolge durch Krenz und der noch praktizierten Führungsrolle der SED nicht länger einverstanden waren und ver-

105 Protokoll der Dienstberatung des Bezirksvorstandes vom 10. Juli 1989, in: ACDP 03-043-049/3.

106 Beispielsweise Eingabe des ortsruppenvorsitzenden Poel, KV Wismar vom 10. Oktober 1989, in: ACDP 07-010-3369. Diese fordert eine Rückkehr zum Sozialismus „wie die Klassiker ihn lehrten“.

107 Aktennotiz einer außerordentlichen Dienstberatung des BV am 18. Oktober 1989, in: ACDP 03-043-049/2.

108 Z. B. Protokoll Beratung mit Staatsfunktionären und Abgeordneten in Nienhagen am 25. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3871, S. 2–4.

109 Brief der OG Warnemünde an den HV vom 21. Oktober 1989, in: ACDP 03-043-032/4, S. 2.

110 Brief BV Rostock an HV vom 27. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3422, S. 2.

111 Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5. November 1989, in: ACDP 03-043-033/5.

einzel forderten, die Führungsrolle aus den Parteistatuten zu entfernen.¹¹² Gleichlautende Stimmen kamen nun auch aus anderen Kreisen.¹¹³

Die letzten beiden Monate des Jahres 1989 waren von der Ausbildung eines eigenständigen Parteiprofils in Abgrenzung zur SED gekennzeichnet, das in die Abrechnung mit der eigenen Parteigeschichte, die Abkehr vom Sozialismus und die endgültige Lossagung von der SED auf dem Sonderparteitag Mitte Dezember mündete.

6. *Resümee*

Bis zum Sommer 1989 hat die CDU(D) die entstandene Gesamtsituation innerhalb und außerhalb der DDR als drückend empfunden und wollte sie durch die als dringend nötig eingeschätzte Reformierung der DDR im Rahmen der sozialistischen Gesellschaftsordnung und auf dem Boden der Blockpolitik als maßgeblicher Akteur neben der SED korrigieren. Dass es Raum zum Äußern von Kritik und Widerspruch gegeben hat und dieser auch genutzt wurde, zeigt sich in fast allen Kreisen. Andererseits legte der Stralsunder KV Zeugnis darüber ab, dass es ebenso Kreisvorsitzende gegeben hat, deren Konformität scheinbar ohne Schwierigkeiten von den Mitgliedern akzeptiert wurde. Bei aller dargestellten Unzufriedenheit darf jedoch nicht übersehen werden, dass die große Mehrheit der gestellten Reformforderungen bis einschließlich Oktober 1989 darauf abzielten, den Sozialismus in der DDR demokratischer, effizienter und damit attraktiver zu machen.

Die Reformvorstellungen und Wünsche wurden jedoch von der Parteiführung überwiegend ignoriert, da sie weder die politischen noch die finanziellen Mittel zur Beseitigung der Missstände hatte. Angesichts der als „Fass ohne Boden“ eingeschätzten Problemlage und der geringen Handlungsfähigkeit der übergeordneten Instanzen werden bereits im Jahr 1988 resignative Tendenzen bei den Mitgliedern beobachtet,¹¹⁴ die auch das MfS erkannte. Da die CDU(D)-Mitglieder bis dahin nicht an eine grundlegende Veränderung der politischen Strukturen dachten, sah die Partei ihre Wirkungsmöglichkeit in der Verbreiterung ihrer Mitgliederbasis und dem Ausnutzen des gegebenen Handlungsrahmens: Sie forderte keine neuen Wege der Partizipation ein.

Das SED-System war darauf ausgerichtet, keine Eigenständigkeit jenseits seiner kontrollierten Strukturen zuzulassen. Die Kreise setzten sich für einen

112 Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 2. November 1989, in: ACDP 03-043-040/5, S. 1 f. Ebenso Stimmen aus dem Kreisvorstand Bad Doberan vom 10. November 1989, in: ACDP 03-043-040/2.

113 Informationsbericht des BV an den HV vom 10. November 1989, in: ACDP 03-043-038/1.

114 Informationsbericht des KV Rostock-Land vom 5. August 1988, in: ACDP 03-043-033/5, S. 2.

attraktiven Sozialismus ein. Dafür jedoch aus dem gegebenen Rahmen auszuweichen und oppositionell zu werden, war mit der Weltanschauung der meisten Mitglieder nicht zu vereinbaren und mit einem persönlichen Risiko verbunden. Diese Ohnmacht führte dazu, dass die Durchführung von Reformen der Handlungshoheit der Einheitssozialisten oblag. Das Erkennen von deren Handlungsunwilligkeit und -unfähigkeit führte daher zur Desillusionierung vieler Mitglieder. An eine tatsächlich offensive Auseinandersetzung wäre im Jahr 1989 ohne die Kirchen und die Akteure der Bürgerbewegung nicht zu denken gewesen, wohl auch nicht in den reformorientierten Kreisen Rostock, Wolgast, Bad Doberan und Greifswald.